



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	4
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	4
	Innenpolitische Entwicklungen	5
	Außenpolitik	5
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	5
4.	Türkische Zyprioten	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Beziehungen mit der Türkei	9
	Innenpolitische Entwicklungen	10
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	10
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	11

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[Twitter.com/FESCyprus](https://twitter.com/FESCyprus) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an

FESPaparoditi@gmail.com

1. Das Zypernproblem

Im September nahm die UN-Sondergesandte für Zypern, Jane Holl Lute, die Gespräche mit den in die Verhandlungen zur Lösung des Zypernproblems involvierten Parteien wieder auf. Lute soll ermitteln, ob die Chance auf eine Fortführung der Verhandlungen besteht. Währenddessen weckten eine Reihe von Treffen am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York Erwartungen auf neue Entwicklungen in der Zypernfrage.

Am 10. September traf sich Lute mit dem griechischen Außenminister Nicos Kotzias in Athen, der die Sicht der griechischen Regierung auf das Zypernproblem darlegte. Berichten zufolge vermittelte Kotzias der UN-Sondergesandten, dass „... der Allianzvertrag und der Garantiemächtevertrag annulliert werden müssen“. Das Treffen, das Lute am 12. September mit dem britischen Europa-Minister Sir Alan Duncan abhielt, bezeichnete dieser als „produktiv“. Am 13. September diskutierte Lute mit der Hohen Vertreterin und Vizepräsidentin der EU-Kommission, Federica Mogherini, die Rolle der Europäischen Union bei der Lösung des Zypernproblems. Das Treffen mit Mogherini bildete den Schlusspunkt der internationalen Gespräche der UN-Gesandten mit den Hauptverantwortlichen der Verhandlungen.

Lute wird den UN-Generalsekretär über die Ergebnisse der Gespräche in Kenntnis setzen. Am 20. September betonte UN-Generalsekretär Antonio Guterres, dass er „begierig“ den Beurteilungsbericht der Sonderbeauftragten erwartete, um die nächsten Schritte der Vereinten

Nationen hinsichtlich der Zypernfrage festzulegen. Der Bericht lag dem UN-Generalsekretär am Monatsende jedoch noch nicht vor.

Der türkische Präsident Recep Tayip Erdogan dementierte am 17. September einen Bericht türkischer Medien vom August, in dem berichtet worden war, dass die Türkei plane, einen souveränen Marinestützpunkt im Norder der Insel zu errichten. Allerdings bestätigte Erdogan, dass die Truppen im Norden verstärkt würden.

Die Zypernfrage war einer von mehreren Tagesordnungspunkten, die in einem einstündigen Treffen zwischen Griechenlands Premierminister Alexis Tsipras und dem türkischen Präsidenten, Recep Tayyip Erdogan, in New York angesprochen wurden. Unterdessen fand auch ein informeller Austausch der Vertreter der Garantiemächte¹ statt: Der britische Außenminister Jeremy Hunt traf sich mit seinem griechischen Amtskollegen Nicos Kotzias und dem türkischen Außenminister Mevlut Cavusoglu ebenfalls in New York. Das Treffen hatte explorativen Charakter. Diskutiert wurden äußere Aspekte des Zypernproblems, namentlich die Garantie- und Sicherheitsfrage.

Der türkische Volksgruppenführer Mustafa Akinci und Federica Mogherini diskutierten am 26. September das Zypernproblem am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York. Berichten zufolge versicherte Akinci der EU-Diplomatin die Entschlossenheit

¹ Entsprechend des Treaty of Guarantee von 1960 fungieren Griechenland, die Türkei und Großbritannien als Garantiemächte für Zypern

der türkisch-zypriotischen Seite, das Zypernproblem lösen zu wollen. Des Weiteren informierte er über die eigenen Anliegen und Erwartungen. Akinci und Mogherini sprachen auch über die Beziehungen der EU zur türkisch-zypriotischen Volksgruppe.

Präsident Nicos Anastasiades traf sich am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 28. September zu einem 20-minütigen Gespräch mit Guterres. Anastasiades brachte zum Ausdruck, dass die griechisch-zypriotische Seite bereit sei, mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, um einen Neustart der Verhandlungen auf den Weg zu bringen. Ziel sei eine schnellstmögliche Lösung des Zypernproblems auf der Basis der UN-Resolutionen und des EU-Acquis (Besitzstand der EU).

Nach seiner Rede vor der UN-Vollversammlung traf sich Anastasiades am 27. September mit den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen². Anastasiades betonte, dass er bereit sei, in einen Dialog zur Lösung des Zypernproblems zu treten, ausgehend von dem Stand, an dem die Verhandlungen im Juli 2017 abgebrochen worden waren, vorausgesetzt, dass eine angemessene Vorbereitung gewährleistet werde. Berichten zufolge verwies der Präsident darauf, dass die Lösung auf den entsprechenden UN-Resolutionen und dem von Guterres in Crans Montana vorgelegten Rahmenplan basieren solle. In seiner Ansprache vor der Vollversammlung verlieh

² Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen umfassen die folgenden fünf Regierungen: China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA.

Anastasiades seiner Besorgnis bezüglich der langen Zeitspanne Ausdruck, die seit den letzten Zyperngesprächen vergangen seien.

Am 28. September traf sich Guterres zudem mit dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenführer Mustafa Akinci zu einem Meinungsaustausch über die Perspektiven einer Wiederaufnahme der Verhandlungen. Akinci brachte zum Ausdruck, dass keine Lösung außerhalb der Parameter der Vereinten Nationen gesucht werde, dass in den Verhandlungen jedoch ein neues Verfahren mit klarem Ziel und Zeitplan etabliert werden müsse.

In seiner Rede vor der 73. UN-Vollversammlung sagte der griechische Premierminister Alexis Tsipras die volle Unterstützung seines Landes für eine gerechte, tragfähige und auf UN-Beschlüssen basierende Lösung der Zypernfrage zu. Tsipras merkte an, dass die Lösung auf dem Rahmenplan des UN-Generalsekretärs basieren solle, wobei er das Zypernproblem in Bezug zu den geostrategischen Entwicklungen der Region setzte.

Am 1. Oktober soll der Übergang zwischen beiden Teilen Zyperns bei Dherynia geöffnet werden, die Öffnung des Übergangs Lefka/Apliki soll Anfang Oktober folgen. Die Öffnung der Übergänge war im Jahr 2015 als vertrauensbildende Maßnahme von beiden Volksgruppenführern vereinbart worden.

In einer schriftlichen Stellungnahme kritisierte der Sprecher des Staatspräsidiums der Türkei

schen Republik Nordzypern³, Baris Burcu, die Außenminister der Niederlande und Frankreichs, die während ihres letzten Besuchs auf der Insel ein Treffen mit der türkisch-zypriotischen Seite abgelehnt hatten. Burcu erinnerte daran, dass die türkisch-zypriotische Seite eine der beiden gleichberechtigten Parteien auf der Insel sei. Das zu-Kreuzen-Kriechen der beiden Minister auf griechisch-zypriotischen Druck hin sei somit inakzeptabel, insbesondere zu einem Zeitpunkt, an dem der UN-Generalsekretär die Zukunft des Zypernproblems und den Einsatz der UN-Friedenstruppen auf der Insel beurteilen würde.

2. Gasvorkommen

Am 19. September unterzeichneten Ägypten und Zypern einen Vertrag zum Bau einer Unterwasserpipeline, die Erdgas nach Ägypten transportieren soll. Energieminister Yiorgos Lakkotrypis und sein ägyptischer Amtskollege Tarek el-Molla unterschrieben das Abkommen. Die Vereinbarung zielt darauf ab, den Bau einer

³ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

Pipeline vom zypriotischen Erdgasfeld Aphrodite, in dem schätzungsweise 4.5 Billionen Kubikmeter Gas lagern, zur ägyptischen Küste voranzutreiben. Das Gas würde dann zur Weiterverarbeitung ins Flüssiggasterminal (LNG) in Idku transportiert werden. Die Pipeline könne auch mit anderen Bohrfeldern verbunden werden, die möglicherweise in Zukunft vor der Insel gefunden werden.

Am 21. September erklärte die türkisch-zypriotische Seite, sie werde in Abstimmung mit Ankara bezüglich des Gaspipeline-Abkommens zwischen Zypern und Ägypten Vergeltungsmaßnahmen ergreifen. Laut ‚Bayrak TV‘ erklärte das Außenministerium der TRNZ „... Die Unterzeichnung des Vertrags war eine widerrechtliche Aneignung der Rechte der türkisch-zypriotischen Bevölkerung“.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Ein nachlaufender Überwachungsauftrag durch den Europäischen Rat, den Europäischen Stabilitätsmechanismus, die Europäische Zentralbank und den Internationalen Währungsfond wurde am 29. September abgeschlossen. In einer schriftlichen Stellungnahme forderten die vier Institutionen Zypern auf, Haushaltsdisziplin zu üben und Reformen zu beschleunigen, insbesondere bezüglich der notleidenden Kredite. Sie warnten auch vor haushaltspolitischen Auswirkungen im Zusammenhang mit dem Verkauf und der Abwicklung der Cyprus Co-operative

Bank, welche einen deutlichen Anstieg der öffentlichen Verschuldung und einer Belastung des Haushaltssaldos 2018 zur Folge haben könnte.

Nachdem Zypern mehr als sechs Jahre lang dem Non-Investment-Grade (Junk) zugeordnet gewesen war, stuft die Kredit-Ratingagentur Standard & Poor's die Insel am 14. September in die investitionswürdigen Länder ein (Investment-Grade). Die Agentur erhöhte Zyperns Rating auf BBB mit stabilem Ausblick, da den Risiken hoher privater und öffentlicher Schulden die Aussicht auf kräftiges Wachstum gegenüberstünde. In ihrer das Upgrade begründenden Stellungnahme verwies Standard & Poor's darauf, dass die zyprischen Behörden durch das Herauslösen der problematischen Aktiva der Co-op Bank den Weg für eine deutliche Reduzierung im Bereich der nicht rentablen Aktiva der Bank geebnet hätten. Als Folge des verbesserten Landesratings kaufte die Europäische Zentralbank im Rahmen ihres Konjunkturprogramms am 27. September wieder zyprische Staatsanleihen.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 10. September warf Andros Kyprianou, der Generalsekretär der Fortschrittlichen Partei des arbeitenden Volkes (AKEL), Anastasiades vor, das Zypernproblem ohne Beteiligung anderer politischer Parteien auf eigene Faust abzuwickeln. Kyprianou verwies diesbezüglich auf die Tatsache, dass keine Zusammenkunft des Nationalrates in Sicht sei.

Die russische Botschaft auf Zypern beschuldigte den Präsidenten der konservativen DISY (Demokratische Sammlung), Averof Neophytou, einen Keil zwischen Russland und Zypern zu treiben. In einem Interview mit der Tageszeitung Phileleftheros hatte Neophytou erklärt, dass Russland sich von seinem seit langer Zeit vertretenen Standpunkt hinsichtlich des Zypernproblems verabschiedet habe, da es seine Beziehungen zur Türkei wegen Syrien und des Energiesektors vertiefe.

Außenpolitik

Am 10. September trafen sich der zyprische Außenminister Nicos Christodoulides und sein deutscher Amtskollege Heiko Mass in Berlin. Diskussionspunkte waren die bilateralen Beziehungen, der Brexit, das Zypernproblem, die Energiepläne der Insel, Migration und der EU-Beitritt der Türkei.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Am 18. und 19. September blieben die Schulen auf Zypern geschlossen, da die Lehrer der Grundschulen, Gymnasien und Technischen Schulen in einen 48-stündigen Streik traten. In einer Abstimmung hatten sie zuvor die Gewerkschaftsführungen mit einer Zustimmung von ca. 95% ermächtigt, Streiks auszurufen. Die Lehrer beanstandeten die Regierungsentscheidungen vom 4. Juli 2018, die im laufenden Schuljahr wirksam durchgesetzt wurden.

Laut dem Präsidenten der Lehrgewerkschaft POED, Filios Fylaktou, war der Streik „das letzte

[... zu ergreifende und umzusetzende] Mittel“, zu dem die Bildungsorganisationen gezwungen worden seien. Der Streik sei damit von der Regierung provoziert worden. Er fügte hinzu, dass dies ein Arbeitskampf für die Qualität der öffentlichen Schulen und nicht für Lohnerhöhungen oder eine Reduzierung der Unterrichtszeit sei. Yiannos Socratous, der Präsident der Gewerkschaft der Sekundarschullehrer OELMEK, sagte, dass die Gymnasiallehrer in ihrem 48-stündigen Streik gegen Entscheidungen der Regierung protestierten, die diese im Alleingang ohne jegliche Rücksprache getroffen hätten. Diese würden nicht nur einer Lösung der Probleme entgegenwirken, sondern, im Gegenteil, weitere verursachen. Angesichts des Lehrerstreiks informierte das Ministerium für Erziehung und Kultur die Eltern, dass man nicht in der Lage sei, auf dem Schulgelände für die Sicherheit und den Schutz der Schüler Sorge zu tragen.

Nach dem Streik wurden diverse Versuche unternommen, um zwischen den beiden Seiten zu vermitteln, sowohl von Parlamentspräsident Demetris Syllouris, als auch von der Führung der Gewerkschaft SEK und von den Elternverbänden. Schließlich einigte man sich auf ein Übergangsabkommen mit den Gewerkschaften, in dem faktisch eine Vorgehensweise vereinbart ist, nach der in den kommenden Monaten eine Reihe von Fragen im Dialog der Sozialpartner erörtert werden sollen.

Die Lohnkosten auf Zypern (die sich aus Gehältern und Arbeitgeberbeiträgen zusammensetzen) sind laut Eurostat im zweiten Quartal 2018 auf eine Jahresrate von 2,4% gestiegen. Statisti-

ken zufolge stiegen die Lohnkosten in der Euro-Zone um 2,2% verglichen mit dem entsprechenden Quartal im Jahr 2017. In der EU lag die Erhöhung bei 2,6%. Nach Auswertung der Daten ist die stärkste Zunahme in Rumänien (15,6%) zu verzeichnen. In Lettland lag der Anstieg bei 11,7%.

Das Statistische Amt meldete einen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 7,3% im zweiten Quartal 2018 - verglichen mit 10,6% im vergangenen Jahr. Basierend auf den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung für das zweite Quartal 2018 gab es 31.888 Arbeitslose. Die Arbeitslosenrate in der Erwerbsbevölkerung lag bei 7,3% (7,2% Männer, 7,5% Frauen). Im Vergleichs Quartal 2017 waren 45.277 Menschen ohne Beschäftigung gewesen (10,6%). 17,9% der Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren in der Erwerbsbevölkerung hatten keine Arbeit. Im gleichen Quartal des Vorjahrs lag diese bei 25,3%. Bezüglich der Dauer der Erwerbslosigkeit suchten 44,8% der Arbeitslosen seit weniger als 6 Monaten nach einer Beschäftigung, 21,5% zwischen 6 und 11 Monaten. 33,7% waren Langzeitarbeitslose. Die Vergleichszahlen hierzu für das zweite Quartal 2017: 35,7%, 18% und 46,3%.

Die Erhebung des Statistischen Amtes bezüglich der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben auf Zypern im Zeitraum April bis Juni 2018 ergab, dass 63,5% der Arbeitnehmer keinen Gebrauch von professionellen Kinderbetreuungseinrichtungen machten.

24% nutzten diese Dienstleistung für alle Kinder, 12,5% für einen Teil der Kinder. Der Haupt-

grund für die Nichtinanspruchnahme professioneller Kinderbetreuungsdienste liegt darin, dass 40,7% der Eltern die Kinderbetreuung entweder selbst organisierten, dass diese von den Großeltern oder dritten Personen (34,4%) übernommen wird oder die Kinder für sich selbst sorgen können (18,5%). 4,8% machten entweder aus Kosten- oder Qualitätsgründen keinen Gebrauch von professionellen Kinderbetreuungseinrichtungen oder weil die Dienstleistung nicht verfügbar war. 81,2% der Arbeitnehmer nehmen keinerlei Anpassungen am Arbeitsplatz vor, die die Kinderbetreuungsaufgaben erleichtern könnten. Eine sehr viel geringere Zahl (12%) hat Anpassungen vorgenommen, z.B. eine Änderung der Arbeitsstunden bei Beibehaltung der Gesamtarbeitszeit. Letztendlich verwendet die überwältigende Mehrheit der Arbeitnehmer (94,8%) einzig den Mutterschaftsurlaub (oder nun auch den neu eingeführten Vaterschaftsurlaub) zur Kinderbetreuung.

Die Zahl der Arbeitsunfälle ist innerhalb eines Jahres um 9% gestiegen. Innerhalb der letzten 5 Jahre stieg die Zahl der Unfälle um 34,6%. Im Jahr 2017 wurden 2.070 Arbeitsunfälle gemeldet, während im Jahr zuvor (2016) 1.905 Arbeitsunfälle registriert worden waren. Der Hauptgrund für die Zunahme ist in den Einsparungen als Konsequenz der Finanzkrise zu sehen, die Arbeitgeber in sicherheitsrelevanten und die Gesundheit betreffenden Maßnahmen am Arbeitsplatz vornahmen.

Die unabhängige Gewerkschaft „Isotita“ beantragte eine Untersuchung des Todes einer Arbeitnehmerin im Grundbuchamt des Fama-

gustabezirks. In einer öffentlichen Bekanntmachung gibt die Gewerkschaft an, dass die verstorbene Designerin während der Arbeit unter starkem psychischem Druck am Arbeitsplatz gestanden habe.

Der Ministerrat beschloss, Werbespots in der Rundfunk- und Fernsehanstalt CYBC zu beenden. Das Argument: Es sei nicht Aufgabe des staatlichen Rundfunks und Fernsehens, mit dem Rest der Privatsender zu konkurrieren. Gleichzeitig erhöhte der Ministerrat die finanzielle Förderung der Rundfunkanstalt im Wirtschaftsplan für 2019, um den Einnahmeverlust auszugleichen. Die Gewerkschaft PEO erhob mündlichen Widerspruch gegen die Entscheidung beim Aufsichtsrat der CYBC und beim Ministerrat. Die Gewerkschaften des Rundfunk- und Fernsehens drückten in einer gemeinsamen Stellungnahme ihre deutlichen Einwände gegen die Entscheidung der CYBC, die Werbung einzustellen, aus. Sie vertraten die Position, dass Werbung für Produkte und Dienstleistungen Teil der Bereitstellung von Informationen für den Bürger als Konsumenten sei. Die Versorgung mit Informationen gehöre zur Funktion und Aufgabe der öffentlichen rechtlichen Radio- und Fernsehsender. Die Gewerkschaften forderten zum Dialog auf. Es müsse eine Lösung für die Notwendigkeit der finanziellen Unabhängigkeit von CYBC gesucht werden.

Die Gewerkschaft PEO warnte davor, dass sie entsprechende Maßnahmen ergreifen werde, sollte das Ministerium seine Pläne bezüglich einer Privatisierung des staatlichen Telefonanbieters CYTA weiter vorantreiben. In einer Mitteilung erklärten Arbeiter, dass sowohl politi-

sche Kräfte als auch die Zivilgesellschaft reagieren und einmal mehr für eine Verhinderung der Privatisierung und für die Wahrung der öffentlichen Interessen kämpfen würden.

Zwischen PEO und SEK und der Hellenic Bank wurde eine Vereinbarung getroffen, in welcher die Anerkennung der beiden Gewerkschaften im Bankensektor durch die Bank bestätigt wird. Die Hellenic Bank hatte die Co-operative Cyprus Bank übernommen. Ein beträchtlicher Teil ihrer Arbeitnehmer sind PEO- und SEK-Mitglieder. In naher Zukunft wird es intensive Gespräche auf der Basis der kollektiven Tarifverträge geben, die in der Co-operative Cyprus Bank galten.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach seinem Besuch in Ankara und den Gesprächen mit Präsident Erdogan zur Wirtschaftskrise warnte Premierminister Tufan Erhurman, dass es „noch kein Licht am Ende des Tunnels“ gäbe. „Ein Vergleich der Inflationsraten in der Türkei und in der TRNZ ergab, dass Nordzypern eine viele höhere Teuerungsrate in Kauf nehmen muss. Die Auswirkungen der Krise tangieren die TRNZ viel stärker. Die Inflationsrate im letzten Monat [August] lag bei 8,42%, die höchste, die in den vergangenen 22 Jahren verzeichnet wurde. Wir haben all dies ... gegenüber türkischen Regierungsvertretern zum Ausdruck gebracht ... Trotz dessen vollen Terminkalenders hatten wir ein zweistündiges Zusammentreffen mit Erdogan und im Anschluss daran ein Arbeits-

essen mit dem Vizepräsidenten“, sagte Erhurman. Er wies darauf hin, dass die Türkei weiterhin der TRNZ und den türkischen Zyprioten ihre volle Unterstützung zusage.

Am 11. September erzielten die türkisch-zypriotischen Viehzüchter und -produzenten eine vorläufige Einigung mit der Regierung bezüglich der Preise von Futtermitteln und Rohmilch sowie hinsichtlich der Subventionen. Die sechstägigen Protestaktionen in Nikosia fanden damit ein Ende. Während der Demonstrationen hatte die Polizei Pfefferspray eingesetzt, um die Demonstranten auseinanderzutreiben. Sieben Demonstranten und Journalisten mussten daraufhin ins Krankenhaus gebracht werden. Im Verlauf der Woche verkündete Erhurman, dass er den Polizeipräsidenten angewiesen habe, in Zukunft kein Pfefferspray mehr einzusetzen.

Die drastische Abwertung der türkischen Lira gegenüber dem Euro hat dazu geführt, dass mehr griechisch-zypriotische Kunden in den Supermärkten im Norden einkaufen. Dabei geben sie ihr Geld vor allem für Benzin, Zigaretten und Medikamente aus. Während gewöhnlich deutlich mehr Menschen die Demarkationslinie vom Norden in den Süden überqueren, hatte sich dieser Sachverhalt in den vergangenen Monaten umgekehrt. An den Grenzübergängen bildeten sich lange Schlangen griechischer Zyprioten. Die Zahl der griechischen Zyprioten, die in den Norden einreisten, wuchs um 22,4%, während 14% weniger türkische Zyprioten die Grenze in den Süden überquerten. Am Kontrollübergang Agios Demetios (Kermia/Metehan) öffnete die türkisch-zyprio-

tische Seite daher eine dritte Spur, um dem Verkehrsstau entgegenzuwirken und die langen Wartezeiten am Checkpoint zu verkürzen.

Eine Untersuchung der türkisch-zypriotischen Handelskammer (KTTO) ergab, dass die Preise von 46 alltäglichen und lebenswichtigen Gütern im Süden um 48% höher liegen als im Norden.

Astronomische Wechselkurse führten zu einer weiteren Erhöhung der Treibstoffpreise um fast eine TRY (türkische Lira) – der Benzinpreis lag damit erstmals über 6 TL (0,87 Euro) / Liter.

Die Anzahl notleidender Kredite ist laut Zentralbank verglichen mit dem Vorjahr um 31% gestiegen. Verbraucherkredite und Kreditkartenschulden machten mit 20% den größten Anteil aus, gefolgt von Krediten in der Tourismusbranche (15,8%) und dem Bausektor (14,5%).

Beziehungen mit der Türkei

Der türkisch-zypriotische Premierminister Tufan Erhurman kam in Ankara mit dem türkischen Staatspräsidenten Erdogan zusammen. An dem Treffen nahmen außerdem der türkische Vizepräsident Fuat Oktay, der stellvertretende türkisch-zypriotische Premier- und Außenminister Kudret Ozersay und der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu teil. Erhurman berichtete, dass die Finanzkrise und die Maßnahmen, die ergriffen werden könnten, um die Auswirkungen der Krise auf die türkisch-zypriotische Bevölkerung zu minimieren, im Fokus der Gespräche gestanden hätten.

Ozersay besuchte Ankara auf Einladung des türkischen Außenministers Mevlut Cavusoglu. Er traf sich außerdem mit Volkan Bozkir, dem Präsidenten der Außenpolitischen Kommission der großen türkischen Nationalversammlung (TBMM) und dem türkischen Verteidigungsminister Hulusi Akar.

Im Verlauf des Monats September besuchte Bozkir den Norden zu Gesprächen mit dem Präsidenten, dem Premierminister, dem stellvertretenden Premierminister und dem Parlamentspräsidenten.

Ali Murat Basceri wurde zum neuen türkischen Botschafter in Nikosia ernannt. Basceri war vor seiner Rückkehr nach Ankara im Jahr 2013 in der türkischen Botschaft in Nikosia als Staatssekretär tätig gewesen. Seit 2015 war er stellvertretender Generaldirektor für den nordöstlichen Mittelmeerraum. Wann er die Stelle des amtierenden Botschafters Derya Kanbay offiziell übernehmen wird, ist noch unklar.

Cemal Ozyigit, Minister für Bildung und Kultur, traf sich mit dem türkischen Kultur- und Tourismusminister Mehmet Nuri Ersoy in Ankara. Ozyigit erklärte, dass der Termin mit dem türkischen Bildungsminister aufgrund des Ersuchens der türkischen Seite habe verschoben werden müssen. Berichten zufolge war das Treffen jedoch nicht aufgeschoben, sondern abgesagt worden, da das türkisch-zypriotische Bildungsministerium den Religionsunterricht an weiterführenden Schulen als Wahlfach eingestuft hatte.

Die türkisch-zypriotische Innenministerin Aysegul Baybars besuchte Ankara, wo sie mit

ihrem türkischen Amtskollegen Suleyman Soylu und dem türkischen Justizminister Abdulhamit Gul zusammentraf. Tagesordnungspunkte waren unter anderem die enge Zusammenarbeit im Bereich Justiz, technische Aspekte der neuen im Bau befindlichen Justizvollzugsanstalt, die Gründung eines Forensischen Instituts, eine Koordinationstelle zur Bekämpfung der Internet-Kriminalität sowie ein Online-System zur Überwachung von Ein- und Ausreisen.

Der türkisch-zypriotische Minister für Tourismus und Umwelt, Fikri Ataoglu, traf sich in Ankara mit dem türkischen Minister für Kultur und Tourismus.

Innenpolitische Entwicklungen

In seiner Ansprache zur Eröffnung des neuen Gerichtsjahres wies der Oberste Richter Narin Ferdi Sefik darauf hin, dass die Kriminalität im vergangenen Jahr um 51,3% gestiegen sei. Laut Sefik sei dies in der TRNZ auf zwei ineinandergreifende Probleme zurückzuführen: „In unserem Land gibt es keine effektiven öffentlichen Verwaltungsstrukturen und der Großteil der Bevölkerung ist sich seiner Pflichten nicht bewusst. Zu den Hauptproblemen in der öffentlichen Verwaltung gehören unqualifiziertes Personal, deren mangelhafte Kontrolle und Überwachung, Bezahlung von Mitarbeitern trotz wiederholter Abwesenheiten und das Fehlen eines leistungsbezogenen Systems. Obwohl diese Defizite seit langem bekannt sind, wurden bisher keine wirksamen Maßnahmen zur Behebung derselben ergriffen“. Sefik fügte hinzu: „Ein weiteres Problem liegt darin, dass sich Bürger einfach nicht an die Regeln halten“.

Bei derselben Veranstaltung bezog sich der türkische Volksgruppenführer Akinci in seiner Rede auf die Ergebnisse einer neuen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Korruptionswahrnehmungsindex im Norden der Insel und betonte, dass die Korruption bekämpft werden sollte. Auch hob er hervor, dass, ... Teilnehmer der Studie große Zweifel an der Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit der Justiz geäußert“ hatten.

Die Zahl der Schüler, die an öffentlichen Schulen eingeschrieben wurden, ist um 20% gestiegen. Laut dem Bildungsministerium ist die starke Zunahme hauptsächlich auf die wachsende Einwanderung und die Abwertung der türkischen Lira zurückzuführen. Privatschulen seien für viele Eltern unerschwinglich geworden.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsplattform, die sich aus linksorientierten Gewerkschaften zusammensetzt, organisierte einen Protestmarsch („Demonstration für ein Zusammenleben und gegen die importierte Krise“). Die Gewerkschaften argumentierten, dass der einzige Weg aus der Wirtschaftskrise, die durch die Abwertung der türkischen Lira entstanden sei, in einem „vereinigten föderalen Zypern“ bestehe.

Die rechtsorientierte Vereinigung Hur-Is demonstrierte vor dem Büro des Premierministers gegen die gestiegenen Preise. Der Vorsitzende der Gewerkschaft warf der Regierung vor, keine notwendigen Schritte unternommen zu haben, um den Anstieg der Währungskurse oder die dadurch entstandenen Preiserhöhungen zu verhindern.

Die Gewerkschaft der Beschäftigten der Elektrizitätsbehörde (El-Sen) protestierten in einem Warnstreik gegen die kürzlichen Preiserhöhungen und die unzureichenden Investitionen in der Behörde. El-Sen-Gewerkschaftsmitglieder marschierten zum Ministerium für Wirtschaft und Energie und legten einen schwarzen Kranz an der Türschwelle des Ministeriums nieder. Wirtschaftsminister Ozdil Nami, der den Import von Strom aus der Türkei per Unterseekabel befürwortet, wird von der Gewerkschaft für den Investitionsmangel in der Behörde verantwortlich gemacht.

November

Donnerstag, 08. November 2018

Unite Cyprus Now / FES
Kampagne

„What were you doing...?“

Öffentliche Veranstaltung



5. FES Zypern Veranstaltungen

Oktober

Mittwoch, 10. Oktober 2018, 18:45

IKME / BILBAN / FES

Cypriots' Voice Symposium

Agios Georgios Taverne
Nikosia, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung



Freitag, 09. – Samstag, 10. November 2018

PRIO / FES
Konferenz

BREXIT and Cyprus

Freitag, 09. November, Nikosia,
Goethe-Institut, Nikosia, Zypern

Samstag, 10. November, Pafos,

Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag, 15. Nov. 2018, 10:30 – 13:00 Uhr

Cyprus International University / FES
Launch

Corruption Perception Index for the Northern Part of Cyprus

Home for Cooperation, Nikosia, Zypern
Öffentliche Veranstaltung

**Freitag, 16. November 2018**

PRIO / FES
Konferenz

China and the South-East Mediterranean

Goethe-Institut, Nikosia, Zypern
Öffentliche Veranstaltung

**Samstag, 17.– Sonntag, 18. November 2018**

ENORASIS / FES
Workshop

14th Friendship Weekend of the Enorasis Social Cultural Clubs

Chateau Lambousa Hotel, Kyrenia/Girne
Keine öffentliche Veranstaltung

**Donnerstag 22. – Freitag 23. November 2018**

Civil Society Advocates / FES
Präsentationen in Englisch

The New Law on Associations and Foundations

Donnerstag, 22. November, Nikosia, 17–19 Uhr

Freitag, 23. November, Limassol, 16 – 18 Uhr

Öffentliche Veranstaltung

**Donnerstag, 29. November 2018**

FES
Workshop

Code of Conduct for Civil Service

European Institute for Management & Finance
Öffentliche Veranstaltung

**Freitag, 30. Nov. – Sonntag, 02. Dez. 2018**

IKME / BILBAN / FES
workshop

Cyprus solution: A European challenge

Aquamare Hotel, Pafos, Zypern
Keine öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: office@fescyprus.org

Web-Seite: www.fescyprus.org

Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou und
Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com